

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 8

Artikel: "Misjon bak Jernteppet" : nicht alles in Skandinavien ist nur Anpassung
Autor: H.T.D.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095193>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nicht alles in Skandinavien ist nur Anpassung

«Misjon bak Jernteppet»

Schweden und seine Nachbarn präsentieren sich häufig genug als Schulbeispiel für Anpassung an sowjetische Vorstellungen und Wünsche. Indessen ist dort wie anderswo immerhin festzustellen, dass die offizielle Politik und die Meinung der Bevölkerung zwei Dinge sind. Daran erinnert dieser Bericht aus Norwegen, der unter anderem gerade die schlagseitige Handhabung der Menschenrechte durch die UNO anführt, von der im Beitrag von Prof. Revesz (Seite 2) die Rede ist.

«Am 18. März 1974 traf der norwegische Premierminister Trygve Bratteli zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein.» So berichtet die sowjetische Presse. Sie meldet auch, welche Persönlichkeiten den Gast auf dem Vnukowo-Flugplatz abholten, mit welchen Persönlichkeiten er Gespräche führte und dass ein Schifffahrtsabkommen unterzeichnet wurde.

Und es ist eine *Selbstverständlichkeit*, dass nichts über die norwegische Anteilnahme an der problematischen Praxis der Menschenrechte in der Sowjetunion publiziert wurde, weder bei dieser Gelegenheit noch zuvor, weil das Regime und seine Organe bisher mit Kritik, die sich auf sie bezog, und mit Selbstkritik mehr als zurückhaltend gewesen sind, jedoch ausser dem Regime und seinen Organen niemand etwas publizieren kann.

Im Parlament . . .

Tatsächlich aber ist die norwegische öffentliche Meinung bezüglich der Menschenrechte in der UdSSR durchaus nicht gleichgültig. Schon seit den sechziger Jahren ist ein SMOG-Komitee aktiv mit Ausstellungen und Pressekampagnen zur Unterstützung von Sowjetbürgern, die wegen ihrer eigenständigen Meinung Repressionen ausgesetzt sind.

Das norwegische Storting hat (am 1. Februar 1972) der Christenverfolgung in kommunistisch beherrschten Ländern eine Parlamentsdebatte gewidmet, in deren Verlauf Vertreter aller fünf an der Regierung beteiligten Parteien diese Verletzung der Menschenrechte bedauerten und verurteilten. Namentlich wurde mehrfach der Wunsch geäußert, die UNO möge sich des ernstesten Problems annehmen; es sollte ein UN-Hochkommissar für die Behandlung solcher Fälle, «wo immer sie vorkommen», eingesetzt werden. «Nun, da wir die beiden Konventionen über Menschenrechte (siehe S. 2) besitzen, die 1966 zur Unterzeichnung vorgelegt wurden, kann man hoffen, es werde bald die Zeit kommen, da Verletzungen der Menschenrechte nicht mehr als rein nationale Angelegenheit gelten», sagte Außenminister Cappelen von der Arbeiterpartei in der Christenverfolgungsdebatte unter anderem. Die Interpellantin ihrerseits, Storting-Abgeordnete Bergfrid Fjose, dokumentierte ihre Frage nicht nur mit den einschlägigen Charta-Artikeln (Art. 18 garantiert Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, einschliesslich der Praktizierung des Glaubens öffentlich oder privat). Sie erwähnte auch zahlreiche Schreiben von Glaubensgemeinschaften in der Sowjetunion an sowjetische Instanzen wie an den Generalsekretär

der UNO, den Weltkirchenrat oder den Lutherischen Weltbund. Frau Fjose schloss:

«Wir sind äusserst besorgt über Berichte, dass Menschen (in der UdSSR), deren Haltung gegenüber dem Regime loyal ist, obschon sie nicht alle seine Vorurteile teilen, in psychiatrische Anstalten eingewiesen und dort mit Psychopharmaka behandelt worden sind. (...) Die Norwegische Staatskirche stellt diese Frage durch die Bischofskongregation, und auch gewöhnliche Frauen und Männer befassen sich angelegentlichst damit: Können wir — ohne das souveräne Recht einer benachbarten Regierung, mit der wir gute Beziehungen pflegen, zu tangieren — etwas tun, das zur Gewährleistung der Menschenrechte des Individuums beiträgt?»

In der Debatte wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass eine Regierung, die Christen verfolgt, nicht vorbehaltlos als Partner akzeptiert werden könne. Ausser auf die Organisation der Vereinten Nationen hoffen Norwegens Parlamentarier auf eine «aufmerksame und hellwache Weltöffentlichkeit».

. . . und in den Kirchen

Hierzu einen Beitrag haben die norwegischen Bischöfe zum Beispiel mit einem einmütigen Appell geleistet, in dem sie zur «Unterdrückung der jüdischen Minderheit in der Sowjetunion» sowie zur «Unterdrückung der geistigen Freiheit» Stellung nahmen und namentlich ausführten:

«Ferner müssen wir die Christenverfolgung nennen, die weiterhin eine offene Tatsache ist in einer Reihe von Ländern hinter dem Eisernen Vorhang. Offiziell herrscht in diesen Ländern volle Religionsfreiheit. Man sollte indessen sehen, dass christliche Evangelisation in einem solchen Grade eingeschränkt wird, dass die Gläubigen nicht einmal die elementare Möglichkeit mehr haben, ihren Glauben zu bezeugen. Christen, die diesen Einschränkungen zuwiderhandeln, werden als Staatsfeinde und Verletzer des Zivilrechts bestraft. Tatsächlich aber bestraft man sie für ihren Glauben. Man bestraft sie, weil sie ihren Glauben ernst nehmen und gemäss den Worten des Meisters Menschen zu bekehren suchen.

Wir kämen uns wie Verräter gegenüber der Sache des Evangeliums selber vor, wenn wir das vergässen, wenn wir nicht dagegen Stellung nähmen und es unterliessen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um weltweit die öffentliche Meinung gegen dies aufzubauen. (...) Die Frage der Christenverfolgung in der Gegenwart muss an allen internationalen Treffen aufgeworfen werden, wo es möglich ist, jene Staaten, die für die Verfolgungen verantwortlich sind, zu spre-

chen. Wir wenden uns auch an den Weltkirchenrat und an den Lutherischen Weltbund mit einem Aufruf zu unermüdlichen Anstrengungen, um diese Zustände zu ändern.»

Die norwegischen Christen selber tun noch mehr. 1967 wurde die «Misjon bak Jernteppet» — Mission hinter den Eisernen Vorhang — gegründet. Sie wird von Monrad Norderval, einem Bischof der Norwegischen Staatskirche, präsiert. Ziel dieser Mission ist es,

- Bibeln und christliche Literatur in kommunistisch beherrschte Länder zu liefern;
- Rundfunkmission in diese Länder zu unterstützen;
- Christen, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden, finanziell zu unterstützen;
- Information über die ausgedehnteste Christenverfolgung der Geschichte zu beschaffen und zu publizieren.

Es war auch diese Organisation, welche den Wortlaut der erwähnten Storting-Debatte samt einigen Dokumenten drucken liess und (in englischer Uebersetzung) weithin der Presse und Regierungsvertretern in der ganzen Welt unterbreitete.

Mission mit Menschenrechtsprogramm

Zum Tag der Menschenrechte (10. Dezember 1973) unternahm «Misjon bak Jernteppet» zusammen mit einer schwedischen und einer dänischen Schwesternorganisation eine Informationskampagne und sprach wieder bei der Regierung vor, damit diese (nebst der schwedischen und der dänischen) die Christenverfolgung als einen ernstesten Fall der Menschenrechtsverletzung in Signatarstaaten vor die UNO bringe.

Die Mission gelangte, ebenfalls 1973, auch an das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten mit folgendem Hinweis: «(...) China verhandelt gegenwärtig mit den USA über den Kauf eines grossen Postens Baumwolle. Schon von der kommunistischen Machtübernahme in China an hat es dort eine intensive und systematische Verfolgung der Christen und der christlichen Kirche gegeben. Praktisch alle Kirchen sind geschlossen worden, Bibeln werden nicht gedruckt, und die Einfuhr von Bibeln ist nicht erlaubt.»

Es schloss sich die Anregung an, das Repräsentantenhaus möge sich einsetzen, um «Chinas Wunsch nach vermehrtem Handel mit den USA als ein Mittel zur Hilfe für die verfolgten Christen in China zu gebrauchen».

Diesen Appell machte «Misjon bak Jernteppet» der Presse zugänglich, denn Oeffentlichkeitsarbeit gehört ja zu ihrem Pensum. So hatte Bischof Norderval im Sommer anlässlich der Weltkonferenz für Psychiatrie in Oslo an die 200 Unterschriften unter seinen Protest gegen die Zwangshospitalisierung Andersdenkender in der Sowjetunion erhalten und das Material ebenfalls publik gemacht. Ende Januar 1974 nun konnte die Mission einen Aufruf mit über 77 000 Unterschriften an die norwegische Regierung übergeben: «Während die Verletzung der Menschenrechte in andern Ländern wiederholt verurteilt wurde, hat die Verfolgung von Intellektuellen, Christen und Juden in der Sowjetunion nie auf der Tagesordnung der UNO gestanden», sagte Bischof Norderval bei der Uebergabe.

Man möchte seinem Unterfangen Erfolg . . . und Nachahmer wünschen.

HTD